



**Stiftung Bürger für Bürger**  
Impulse für die Bürgergesellschaft

## **In Vielfalt zusammen leben -**

**Verantwortung von Unternehmen, Politik und Bürgergesellschaft**

**Eine Veranstaltung der Stiftung Bürger für Bürger  
in Kooperation mit der DAIMLER AG**

**am 20. Juni 2017 in der Daimler Konzernrepräsentanz in Berlin  
im Rahmen der Gesprächsreihe Bürgergesellschaft 2020**

Bericht von Dr. Rainer Sprengel, Halle (Saale)  
21. Juni 2017

**Gefördert vom**



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

**Generali**  
**Zukunftsfonds**  
Eine Einrichtung der



## In Vielfalt zusammendenken

Die Verantwortung von Unternehmen, Politik und Bürgergesellschaft für ein vielfältiges Zusammenleben in Deutschland war das Thema einer Podiumsrunde im Haus Huth, der Daimler Konzernrepräsentanz in Berlin beim Potsdamer Platz. Wenn über solch ein weites Thema sechs renommierte Personen aus Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sprechen, unterstützt von einer Moderatorin und begleitet von einem interessierten Publikum, kann dies zu einer gemeinsamen Denkarbeit werden. Als gut vorbereitete Moderatorin leistete die freie Journalistin Ines Arland dazu ihren unaufgeregten Beitrag.



In solch einer Konstellation wird vieles angesprochen und manches davon verdichtet. Die Verdichtungen sollen im Folgenden berichtet werden. Doch vorab seien die Hauptakteure mit ihren Rollen vorgestellt.

Die Begrüßung übernahmen für die Gastgeber: Dr. Mike Reichert, Director Government Relations Berlin and European Affairs, Daimler AG sowie Ute Kumpf, Vorstand Stiftung Bürger für Bürger, ehemalige Bundestagsabgeordnete und als solche u.a. Mitglied der Enquete-Kommission Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements des XIV. Deutschen Bundestages. Beide machten schon in ihrer Begrüßung erste Bezüge auf die Debatte über Vielfalt deutlich, etwa die Bedeutung der Wirtschaft bei der Integration, aber auch bei der Zurückweisung eines nationalistischen Populismus.



Den Part eines orientierenden Inputs übernahm die Bundestagsabgeordnete Elke Ferner, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. In der anschließenden Podiumsrunde oblag ihr eher die Rolle des Vertreters der Regierung als die der Abgeordneten einer Partei. Farhad Dilmaghani, Vorsitzender des Vereins DeutschPlus e.V. übernahm die Funktion eines selbstbewusst angekommenen Vertreters der hier aufgewachsenen Kinder von Migranten, die mit mehr als einer nationalen Identität deutsch sind. Roman Zitzelsberger, Bezirksleiter bei der IG Metall Baden-Württemberg repräsentierte die Welt der Betriebe, in denen seit Beginn der Nachkriegszuwanderung Integration als Praxis wie Herausforderung besteht. Dr. Thomas Röbbke schließlich war als Vorsitzender des Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) der berufene Sachwalter der engagementpolitischen Perspektive und der praktischen Erfahrungen Ehrenamtlicher. Das war die Aufstellung, die Ines Arland in einen gemeinsamen Diskurs zu bringen hatte, denn die

Zusammenstellung war nicht auf laute Konflikte, sondern auf gemeinsame Erörterung ausgelegt, auf die Reflexion der leisen Töne.

Dabei ergaben sich zumindest sechs dichtere, aufeinander bezogene Reflexionsthemen, die im Weiteren skizziert werden: a) Positive Symbolpolitik; b) Jenseits der Leitkulturdebatte; c) Narrative ändern; d) Integration auf Arbeit und zu Hause; e) Integration durch Engagement; f) Geld, Programme und langer Atem.

#### a) Positive Symbolpolitik

Symbolpolitik ist schlecht, wenn es dabei bleibt aber notwendig als Zeichen, das gesetzt werden muss: Das unterstrich Roman Zitzelsberger aus Gewerkschaftssicht. Die klare Ansage in Betrieben seitens Unternehmen und Gewerkschaften, was im Umgang miteinander erlaubt ist und wo eine intolerable Respektlosigkeit gegenüber Zuwandernden beginnt, ist wichtig und hat vielerorts stattgefunden. Sie reicht nicht als Konfliktlösung, schafft aber Voraussetzungen dafür. Und schon in seiner Begrüßung hob Mike Reichert hervor, wie wichtig es war, dass der Daimlervorstand, als die Kritiken an der Willkommenskultur lauter wurden, klar Stellung bezog.

#### b) Jenseits der Leitkulturdebatte: MigrantInnen wollen Orientierung

Einigkeit herrschte darüber, dass eine normativ aufgeblähte „Leitkultur“-Debatte in die Irre führt – obwohl ebenso richtig ist, dass MigrantInnen selbst Orientierung haben wollen, in was für einem Land sie sind, welche formalen und informellen Regeln hier herrschen und was von ihnen erwartet wird.

Grundgesetz plus Gelber Sack, darauf brachte es Thomas Rübke als Ausdruck der Erfahrung bürgerschaftlich Engagierter mit den Fragen Geflüchteter. Gerade auch die Vielzahl regional unterschiedlicher impliziter Regeln stellen eine Herausforderung dar, die mit dem Wort Leitkultur eher verdeckt wird. Die Erfahrung Engagierter mit solchen Nachfragen hat sich in der Broschüre „Ich zeig Dir meine Stadt“ in Zusammenarbeit mit der Hanns Seidel Stiftung niedergeschlagen, die mit mittlerweile 150.000 Exemplaren dort zur erfolgreichsten Publikation geworden ist.



Das Prinzip des Grundgesetzes plus x war für alle unstrittig, wobei das Grundgesetz auch der Übersetzung bedarf, sei es in eine andere Sprache und Schrift, aber auch in andere deutsche Worte. Sowohl Roman Zitzelsberger als auch Farhard Dilmaghani berichteten hier aus Projekten in Betrieben und Schulen. So kann der Begriff der Würde etwa mit dem Wort Respekt greifbarer werden.

### c) Narrative ändern: Deutschland als Einwanderungsland und Migrantenwellen

Deutschland ist ein Einwanderungsland, dieser Aussage wurde an dem Abend nicht widersprochen, wenn auch formuliert wurde, dass es nach wie vor vielen Menschen und manchen politischen Richtungen schwer fällt, diesen Satz und seine Konsequenzen zu unterschreiben. Elke Ferner wies auf diesen seltsamen Umstand einer Wirklichkeitsverleugnung hin, der dann auch dazu führt, dass sinnvolle oder notwendige gesetzliche Regelungen nicht in Angriff genommen werden können. Roman Zitzelsberger unterstrich das Ausmaß dieser Verleugnung durch drei Zahlen: 28% der BürgerInnen in Baden-Württemberg haben einen Migrationshintergrund, in den Betrieben dort sind es 34% der Beschäftigten und auf der Ebene der aktiven Gewerkschafter und Betriebsräte sogar 40%.

In Verbindung damit wurde die Korrektur eines anderen Narrativs diskutiert, dass die Unterschiede der Migrationswellen nach Deutschland anerkennt und damit auch die Vielfalt der Migrationshintergründe und Kontexte. Farhard Dilmaghani wies darauf hin, wie wenig es bewusst sei, dass es sich bei der ersten Gastarbeitergeneration, die (West)Deutschland mit aufbaute, sukzessive um insgesamt 17 Millionen Menschen, vor allem Männer gehandelt hat – bei 30 Millionen Arbeitsplätzen. Die Migration der 1980er/90er Jahre war von Spätaus- und -übersiedlern geprägt, die heute der Fluchtmigration durchaus kritisch gegenüber stehen – was zu manchen Herausforderungen in Betrieben führt, die Roman Zitzelsberger andeutete.

### d) Integration auf Arbeit und zu Hause

Durchaus zweideutig blieb die Diskussion um Arbeit als zentraler Integrationsort. Elke Ferner kritisierte schon in ihrem Input, dass die Fokussierung auf Arbeit als Hauptintegrationsort ein Fehler im Umgang mit vorherigen MigrantInnenwellen war. Gerade auch viele Frauen und mit ihnen die Kinder wurden zu Hause allein gelassen. Wenn man kritisiert, dass viele MigrantInnen zu Hause kein Deutsch sprechen, hat dies eben auch damit zu tun, dass ihre Mutter sie nicht verstehen würde. Der Fehler der Fokussierung auf Arbeit dürfe daher nicht wiederholt werden, wobei sie auch Maßnahmen aufzählte, die diese Fehler vermeiden helfen. Zugleich bemerkte sie, dass die realen Taten häufig noch hinter dieser Einsicht zurückbleiben.



Letztlich drängte sich auch im Verlauf der Diskussion immer wieder der Topos vom Arbeitsort als zentralem Integrationsort in den Vordergrund. Praktika und andere Programme, um Flüchtlinge in Berührung mit der Arbeitswelt zu bringen, wurden als zentral für eine Integration angesehen – ergänzt um eine Stärkung der formalen Bildungsinstitutionen und eine Ausdehnung der Lebenszeit, in denen sich diese der Kinder und Jugendlichen bemächtigen, durch Ganztagsbetreuung und Ganztagschule. Die migrantische Hausfrau blieb letztlich als Integrationshindernis im Raum stehen und die migrantische Familie wurde nicht als Integrationsort thematisiert. Angesichts der Rolle des Grundgesetzes als Orientierung für

EinwanderInnen ist das nicht ganz frei von Paradoxie, da dort der Schutz von Ehe und Familie als staatliche Aufgabe definiert ist.

### e) Integration durch Engagement

Neben Arbeit und Bildungsinstitutionen wurde durch Elke Ferner, Thomas Rübke und Statements aus dem Publikum der Integrationsort bürgerschaftliches Engagement konturiert. Elke Ferner begann in ihrem Input mit Engagement als Integrationsindikator. So zeige der Freiwilligensurvey, dass das bürgerschaftliche Engagement bei Zuwanderern zunächst unter dem durchschnittlich vorhandenen Level in Deutschland liege – betrachtet man hingegen nur diejenigen, die einen Migrationshintergrund und zugleich einen deutschen Pass haben, gibt es diesen Unterschied nicht mehr.



Im weiteren Verlauf des Abends kamen dann jene Aspekte hinzu, in denen sich Engagement als Integrationsort bewährt. Da sind zum Einen die Engagierten, die schon hier leben und Ansprechpartner und Vermittler für die vielen ungeschriebenen Regeln sind: Dies können am besten

Engagierte im Gespräch mit den Zuwandernden vermitteln, wie es Thomas Rübke unterstrich. Wichtig sei deshalb auch eine Öffnung der vorhandenen Zivilgesellschaft, der Vielfalt an Vereinen von Sport bis Kultur, vom Karnevalsverein bis zu Greenpeace – und nicht nur der Migrant\*innenorganisationen. Die Chance zur Mitgestaltung, die Vielfalt an Kontakten, die Verantwortungsübernahme und Anerkennung dafür sind gerade auch Integrationschancen des Engagements für die Zugewanderten, um hier heimisch zu werden. Entsprechend wurde auch die Vielzahl an Programmen thematisiert, die, wie etwa der Bundesfreiwilligendienst, aktiv für Menschen mit Fluchtgeschichte und unklarem Bleibestatus geöffnet wurden.

Gerade deshalb sind politische Maßnahmen, die zum Frust bei Engagierten führen, besonders gravierend. So kritisierte Thomas Rübke Abschiebungen, die keine Rücksicht auf fortgeschrittene Integrationsprozesse nehmen und dann zu schematischen Positionen kommen, dass Syrer bleiben dürfen, aber Afghanen weg sollen.

### f) Geld, Programme, langer Atem

Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist in unserer Gesellschaft vieles nichts. Immer wieder wurde dargestellt und thematisiert, welche Ansätze verfolgt oder verändert wurden, welche Programme und Projekte ausgebaut oder zurückgebaut werden und ob das jeweils angemessen ist. Ebenso häufig wurde die Frage gestellt, auf welcher staatlichen oder



außerstaatlichen Ebene die Ressourcenverantwortung liegt und ob hier alles innerhalb der staatlichen Aufgabenverteilung klug lösbar ist. Jenseits von notwendiger Symbolpolitik, der Debatte um Narrative oder der Integration durch Engagement ging es immer wieder auch um dieses rechenhafte Instrument des Geldes, das durchaus auch misst, ob politisch mehr hinter Worten steckt als laue Luft.

**Kurzum als Fazit:** Die Debatte hatte Realitäten im Blick und die Zukunft eines vielfältigen Deutschlands im Sinn.

(Fotos: Peewee – Berlin)